



Darmstadt, 20. April 2009

Pressemitteilung

Deutschland bleibt der Weltrassismuskonferenz fern **„Wer fernbleibt erweist den Menschenrechten einen Bärendienst“**

Der Interkulturelle Rat bedauert die Entscheidung der Bundesregierung, nicht an der heute beginnenden Durban-Review-Konferenz der Vereinten Nationen in Genf teilzunehmen. „Acht Jahre nach der Weltrassismuskonferenz von Durban ist das Fernbleiben der Bundesrepublik und anderer demokratischer Staaten ein schwerer Rückschlag. Die Chance auf eine gemeinsame Willenserklärung der Staatengemeinschaft im Kampf gegen Rassismus ist damit vertan“ erklärte der Vorsitzende des Interkulturellen Rates, Jürgen Micksch.

Die Absage ist um so bedauerlicher, weil es nicht zuletzt durch die intensiven Bemühungen der Bundesregierung gelungen ist, die im Vorfeld der Konferenz erarbeitete Abschlusserklärung im Hinblick auf Schuldzuweisungen im Nah-Ost-Konflikt und die Instrumentalisierung der Religionsfreiheit zur Beschneidung der Meinungsfreiheit zu entschärfen.

Es ist zwar weiterhin denkbar, dass einzelne Delegationen versuchen könnten, die UN-Konferenz als Plattform zur Lancierung von Antisemitismus und von einseitigen Schuldzuweisungen an Israel zu missbrauchen. „Das Fernbleiben“ so Micksch, „ist darauf allerdings die falsche Antwort. Die Erfolge der Bundesregierung bei der Überarbeitung des Abschlussdokuments haben gezeigt, dass die aktive Einflussnahme auf den Konferenzverlauf die bessere Alternative ist. Bei einem tatsächlich inakzeptablen Verlauf hätte die deutsche Delegation den Dialog in Genf abbrechen und die Konferenz vorzeitig verlassen können. Dieses Druckmittel wurde nun aus der Hand gegeben“, so Micksch.

Er kritisierte die Haltung der Bundesregierung, die offensichtlich darauf hofft, dass andere bei der UN-Konferenz für sie einspringen. Sie mache es sich zu leicht, wenn Bundesaußenminister Steinmeier an die teilnehmenden Delegationen appelliert, die Konferenz nicht zu instrumentalisieren und sich in Genf zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung zu bekennen.

„Der Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung ist und bleibt eine dringend notwendige und globale Aufgabe. Damit verbunden ist auch der manchmal schwierige Dialog. Wenn die Bundesrepublik und einige andere demokratische Staaten sich dieser Herausforderung bei einem so wichtigen Ereignis wie der Durban-Review-Konferenz in Genf nicht stellen, erweisen sie den Menschenrechten einen Bärendienst“, so Micksch abschließend.